

**Vortrag von Dr. Dagmar Enkelmann auf der Klausur der  
VertrauensdozentInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung,  
20./21. Februar 2009,  
zum Thema „Die LINKE und die Krise“ (Auszüge)**

Zum Thema: „DIE LINKE und die Krise.“ Eine Bemerkung zu Beginn: Ich denke, die Bundesregierung hat die Dimension dieser Krise, die weitreichenden Folgen, die sie haben wird, nicht erkannt. Dementsprechend reagiert sie nur, agiert nicht wirklich. Nach dem zweiten Konjunkturpaket – je nachdem, wie man nun zählt – werden wir möglicherweise ein drittes und viertes haben. Diese Krise wird uns noch sehr lange beschäftigen.

Eines der Probleme, das nach wie vor ausgesessen und verschleiert wird, ist die Auswirkung der Krise auf die Beschäftigten. Der „Freitag“ hat aktuell veröffentlicht, dass wir möglicherweise in kurzer Zeit über eine Million Kurzarbeiter haben werden. An dieser Stelle muss man sagen: Eine der guten Entscheidungen der Regierung in der letzten Zeit ist gewesen, dass sie die Kurzarbeiterregelung weiterentwickelt hat, um die Leute nicht gleich in die Arbeitslosigkeit zu bringen.

Aber völlig ausgeblendet bleibt an dieser Stelle: Was passiert mit den Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern, wenn die Regelung ausgelaufen ist. Findet dann tatsächlich eine Einordnung in den Arbeitsprozess statt? Und was ebenfalls überhaupt nicht im Blickfeld ist – das sind die vielen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, die in den letzten Jahren in der Hochkonjunktur eingestellt worden sind und jetzt die ersten waren, die rausgeflogen sind und - nicht selten - nicht wieder bei den Leiharbeitsfirmen landen, sondern meistens tatsächlich in der Arbeitslosigkeit.

Völlig ausgeblendet bleiben auch diejenigen, die befristete Arbeitsverträge oder Minijobs haben oder die Teilzeitbeschäftigte sind. All das muss man gerade in der Krise mit im Blick behalten.

Es droht keine Wirtschaftskrise, sondern diese ist längst da. Wir haben es mit einer Rezession zu tun, mit allen damit zusammenhängenden Folgen. Dass man das Problem der Beschäftigung aussitzt, erkennt man unter anderem daran, dass noch Ende vergangenen Jahres – mit Mehrheit im Bundestag - beschlossen wurde, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken.

Die Bundesagentur hat in dem Zusammenhang deutlich darauf hingewiesen, dass sie die Beitragseinnahmen eigentlich für Qualifizierung und anderes braucht. Ansonsten müsse sie ihre Rücklagen abbauen und ihr werde am Ende das Geld fehlen – dennoch ging man diesen Weg, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abzusenken. Das wird natürlich ein Riesenloch in die Kasse der Bundesagentur reißen und dazu führen, dass bestimmte Aufgaben, die notwendig sind wie z.B. aktive Beschäftigungspolitik, am Ende durch die Bundesagentur nicht mehr wahrgenommen werden können.

Problematisch ist aus meiner Sicht auch, dass Themen, wo es eigentlich auch wichtig wäre, heute über Lösungsansätze zu diskutieren, völlig in den Hintergrund geraten. Was z.B. Klimawandel, Umweltschutz oder die Bekämpfung von Armut angeht, all dies gerät in den Hintergrund und wird kaum noch nachhaltig debattiert.

Gegenwärtig findet kein, wie man ab und zu in der Presse lesen kann, „Finanz-Tsunami“ statt. Ein Tsunami ist eine Naturkatastrophe, ist nicht zu vermeiden, höchstens voraussehbar und man kann versuchen, Vorkehrungen zu treffen, mehr aber nicht. Die Krise ist dagegen ein Ergebnis jahrzehntelanger neoliberaler Politik,

ein Ergebnis auch politischer Entscheidungen. Ich denke, dass wir an dieser Stelle deutlicher machen müssen, wo eigentlich die Ursachen für diese Krise liegen, vor allem auch deswegen, weil die Krise mit einer solchen Wucht in Deutschland angekommen ist.

Die rot-grüne Politik hat z.B. mit der großen Steuerreform 2000 durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes zu einer grandiosen Umverteilung. Ich finde es ja immer ganz witzig, wenn ein Müntefering sich hinstellt und über die „Heuschrecken“ herzieht – es war die rot-grüne Regierung, die Hedge-Fonds überhaupt zugelassen hat und zwar ohne wirksame Begrenzungen und Regulierungen. An dieser Stelle hat Müntefering ja eine nicht ganz unentscheidende Rolle gespielt. Oder bei der Zulassung von Zweckgesellschaften, den Gesellschaften zwischen den Banken, die völlig ohne Kontrolle agieren können und die vor allem mit den sogenannten faulen Krediten gehandelt haben, mit denen jetzt viele Banken belastet sind.

Auch Hartz IV hat seine Auswirkungen. Das merken wir heute ganz deutlich. Wenn ich vorhin gesagt habe, dass wir es mit einer deutlichen Zunahme von Leiharbeit und bei Minijobs zu tun haben, ist das eine Folge des Wahnsinnsdrucks, der auf diejenigen aufgemacht worden ist, die im ALG-II-Hartz-IV-System leben, aber auch auf sehr viele, die in Beschäftigung sind, die natürlich Angst haben um ihren Arbeitsplatz. Wohl wissend, dass sie nach einem oder anderthalb Jahren – je nachdem, wie alt sie sind – ins ALG II fallen mit der Gefahr, da kaum noch herauszukommen.

Nun zur LINKEN. Die LINKE verfügt ja nun gerade nicht über hellseherische Fähigkeit. Die Glaskugel gehört nicht unbedingt zu unseren Arbeitsinstrumenten. Dennoch kann ich darauf verweisen, dass wir rechtzeitig gewarnt haben, dass das, was sich z.B. in den USA als Immobilienblase aufgebaut hat, in Zeiten globaler Wirtschaftsentwicklung und globaler Finanzsysteme Auswirkungen haben wird auf die Bundesrepublik. Bereits im November 2007 brachten wir einen Aktionsplan in den Bundestag ein unter dem Titel „Finanzmärkte demokratisch kontrollieren – Konjunktur und Beschäftigung stärken.“

Und wir haben in dem Zusammenhang ein Zukunftsinvestitionsprogramm gefordert. Wer ein bißchen dichter an der LINKEN dran ist, kann sich vielleicht daran erinnern, dass es heftige Diskussionen innerhalb der Partei gegeben hat um dieses Zukunftsinvestitionsprogramm. Wir hatten damals vorgeschlagen, etwa 50 Milliarden Euro in die Hand zu nehmen für Bildung, Infrastruktur, Energie und so weiter. Damals war die Fraktion ein wenig der Vorreiter und in der Partei ist das heftigst diskutiert worden – nach dem Motto: ‚Wie könne man nur angesichts dieses Schuldenbergs... und wo wollt ihr das Geld hernehmen...‘ Dabei hatten wir auch schon damals Finanzierungsvorschläge.

Wir haben die Debatte intensiv begleitet. Natürlich waren auch wir, ehrlich gesagt, zunächst unsicher in der Bewertung, als es um diesen Banken-Rettungsschirm ging. Ich kann mich gut erinnern, als Finanzminister Steinbrück in der Fraktion war und uns plötzlich erzählte, wieviele Milliarden da gebraucht werden. Das möge man sich vorstellen: 480 Milliarden, die zwar nun nicht gleich fließen, aber trotzdem ist das eine kaum vorstellbare Summe. Dennoch haben wir uns damit auseinandergesetzt und uns war klar: Wenn man Vorkehrung treffen will, müssen die Bankengeschäfte in irgendeiner Weise funktionieren.

Was wir von Anfang an kritisiert haben, war, dass man bereit war, einen solchen Rettungsschirm zu spannen, ohne allerdings Regulierungsmechanismen einzuführen, ohne Kontrollmechanismen. Das heißt: Man war von Anfang an bereit

und ist bis heute bei allen Rettungspaketen bereit, Geld zu geben, aber nach dem Prinzip: ‚Am Ende wollen wir nichts damit zu tun haben. Wir wollen am Ende auch das nicht, was möglicherweise als Gewinn wieder herauskommt, wir wollen keine Kontrolle, keinen Einblick in Wirtschaftstätigkeit und keine Mitspracherecht.‘

Übrigens hat noch bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr im September Finanzminister Steinbrück behauptet, von einer Rezession könne man ganz und gar nicht reden, das konzentriere sich alles auf die USA. Die gesamte Bundesregierung hat die Krise wirklich sehr lange ausgesessen und nicht wahrgenommen, dass die Welle längst zu uns herübergeschwappt ist. Das führte dazu, dass man am Ende viel zu spät gehandelt hat.

Im November 2008 beantragte die Fraktion DIE LINKE ein Konjunkturprogramm gegen die drohende Wirtschaftskrise. In diesem forderten wir ein Investitionsprogramm, aber eben auch – im deutlichen Unterschied zur Mehrheit im Bundestag – eine Stärkung der Massenkaukraft. Wir brauchen eine deutliche Stärkung der Binnennachfrage, weil es eine Schieflage in der Bundesrepublik gibt. Lange Jahre hat man sich gelobt dafür, dass man Exportweltmeister ist. Aber es ist doch völlig klar: Dass sich bei einer globalen Welt, einer globalen Wirtschaft - und wenn man abhängig ist vom Export - ein Zusammenbruch der Weltmärkte wesentlich deutlicher in der Bundesrepublik niederschlägt als bei einer halbwegs ausgeglichenen Bilanz. Deshalb ist notwendig, die Massenkaukraft zu stärken, u.a. durch Anhebung der Regelsätze bei Hartz IV, durch steigende Renten, durch einen flächendeckenden und existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn. Das sind Fragen, die gegenwärtig von der Bundesregierung und auch von den anderen Fraktionen nahezu ausgeblendet werden.

Die Fraktion setzte dann nach ihrer Klausur im Januar mit der Frankfurter Erklärung noch ein paar Zeichen, indem wir forderten, die großen Banken zu vergesellschaften. Ich will nicht verhehlen, dass dies auch in der Fraktion zu Diskussionen geführt hat: Wollen wir denn wirklich schon soweit rangehen? Wollen wir denn wirklich die Enteignung? Wir hatten dann Mitte Februar einen entsprechenden Antrag zur Vergesellschaftung der Banken im Bundestag, der natürlich von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt wurde. Auf einem anderen Blatt steht, dass die Halbwertszeit einer solchen Ablehnung relativ gering ist, wenn dann drei Tage später doch der Weg freigemacht wird für eine Vergesellschaftung der Banken.

Die LINKE hat an dieser Stelle selbstverständlich nicht nur gefordert, dass der Staat Verantwortung für Banken übernimmt, sondern wir haben zugleich verlangt, dass es möglich sein muss, die Geschäftstätigkeit der Banken mit zu kontrollieren, mitzubestimmen. Deutlich haben wir auch gesagt, dass sich die Banken in der Konsequenz auf ihre Kerngeschäfte konzentrieren müssen. Alles, was in den letzten Jahren mit Spekulation, mit dem Handel mit faulen Krediten gelaufen ist, muss eingeschränkt und am Ende verboten werden.

Die LINKE hat aktuell Anträge in den Bundestag eingebracht zum Konjunkturpaket II – genau in Richtung der Stärkung der Binnennachfrage. So wollen wir den Sonderbeitrag von 0,9 Prozent zur Gesetzlichen Krankenversicherung zurücknehmen. Die Bundesregierung ist in ihrem Paket einen anderen Weg gegangen. Nachdem Anfang des Jahres die Krankenversicherungsbeiträge durch den Einheitsbeitrag von 15,5 Prozent für die meisten deutlich nach oben gegangen sind, senkt sie diese jetzt um 0,6 Prozent. Genau besehen sind es für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber nur 0,3 Prozent, denn die Arbeitgeber bekommen auch 0,3 Prozent geschenkt. In der Bilanz bleibt es für die meisten bei einer deutlichen Anhebung der Beiträge. Wir wollten mit dem Wegfall des

Sonderbeitrages auch das Signal geben, dass es uns um eine paritätische Finanzierung der Sozialversicherung geht.

Was sind aus meiner Sicht die Aufgaben der LINKEN? Ich beginne hier mit einer Frage, die uns jetzt immer wieder gestellt wird und zwar: Warum profitiert DIE LINKE nicht von der Krise? Warum gehen wir in den Umfragen nicht nach oben? Zum einen sage ich hier: Abgerechnet wird zum Schluss, also konkret erst am Wahltag. Ob dann die FDP noch diesen Höhenflug hat, bleibt abzuwarten. Zum anderen spielt auch eine Rolle, dass in Krisenzeiten die Bürgerinnen und Bürger doch eher konservativ wählen - das, was sie haben, das sie kennen und sie meinen, dass es keine Experimente geben sollte. Aber ich denke auch, dass es uns noch nicht gelungen ist, als LINKE tatsächlich deutlich zu machen, wo unser Part in dieser Krise ist – also was sind die Ansätze, die wir einzubringen haben?

Sicher müssen wir uns um die Banken kümmern, um Finanzregulierung und -märkte. Aber darum kümmern sich schon genug andere. Ich denke, die Frage ist eher, was tun wir für den größten Teil der Bürgerinnen und Bürger, für den gegenwärtig kein Rettungsschirm gespannt wird? Zum Beispiel für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die keine Kredite mehr bekommen oder die zum Teil fällig gestellt worden sind, die keine Bürgschaften zur Verfügung gestellt werden, die auch kaum eine Chance haben, von diesen Kurzarbeiterregelungen zu profitieren? Was tun wir für diejenigen, die Angst haben um ihren Arbeitsplatz? Was tun wir für diejenigen, die ohnehin schon ein sehr geringes Einkommen haben? Was tun wir für den Hartz-IV-Empfänger?

An dieser Stelle sind wir als LINKE noch zu wenig erkennbar. Die Bundesregierung drückt sich um die Beantwortung der Frage, wer die Zeche am Ende bezahlt. Wir dürfen uns davor nicht drücken. Wir müssen vor allem auch die Frage nach den langfristigen Folgen stellen und versuchen, diese zu beantworten.

Was eigentlich jetzt notwendig wäre, ist, dass sich ein breites Bündnis entwickelt gegen die Krisenfolgen, vor allem die langfristigen Folgen. Es soll am 28. März große Demonstrationen dazu in Berlin und Frankfurt/Main geben. Am Beginn waren die großen Gewerkschaften und deren Chefs noch mit dabei. Inzwischen sind sie ausgestiegen, haben sie einen anderen Termin in Mai verabredet. Sicher werden Gewerkschafter am 28. März mitdemonstrieren – aber das spaltet die Bewegung gegen das, was in diesem Lande passiert. Das bedaure ich sehr, weil der Bewegung so auch ein Stück Kraft verloren geht.

Genauso spannend wie die Frage nach der Grundsicherung ist auch die Frage: Was passiert eigentlich grundlegend in dieser Gesellschaft. Ist sie noch zu retten? Was ist mit diesem Kapitalismus? Es ist ja spannend, dass selbst Politiker der CDU wie Ole von Beust sagen, dieser Kapitalismus sei in der Krise. Das hätten wir uns vor ein paar Monaten gar nicht getraut. Wir sollten hier ruhig auch mutiger werden. Spannend finde ich auch, dass das Marxsche „Kapital“ inzwischen vergriffen ist und dringend wieder aufgelegt werden sollte. Zumindest, was die Analyse betrifft, sollte man ins „Kapital“ schauen. Auch Hochschulkurse der Art „Marx lesen“ werden gut angenommen. Manches von dem, was wir früher im Parteilehrjahr gelernt haben, kann man ruhig hervorkramen und sich daran erinnern, dass manches von dem so verkehrt nicht war.